

„Gabriel wird es sich nicht mit der Großindustrie verderben...“

...sagt **Uwe Leprich**, Energieexperte von der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Saarbrücken.

Interview: Jörg-Rainer Zimmermann

neue energie: Sigmar Gabriel hat weitreichende Vorschläge zu Änderungen des EEG vorgelegt. Ist die Energiewende damit tot?

Uwe Leprich: Nein, sicher nicht. Sie wäre erst dann tot, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sie nicht mehr einfordern würde. Davon ist aber überhaupt nicht auszugehen, allen Kampagnen und Irritationen der letzten zwei Jahre zum Trotz. Aber zu behaupten, durch Gabriels Vorschläge würde sie nun endlich wieder Rückenwind bekommen, wäre auch stark übertrieben.

ne: Könnten die Vorschläge – auch angesichts der Kürze der Zeit – Gabriel in die Schublade gelegt worden sein, von der letzten Bundesregierung?

Leprich: Abgesehen davon, dass vieles ja noch unkonkret ist, stimmt die

Richtung mit dem überein, was auch die Arbeitsebene des Bundesumweltministeriums in den letzten Jahren vertreten hat: Direktvermarktung nun auch obligatorisch, um die Erneuerbaren dem ominösen Markt auszusetzen, Abwürgen der Biomasse und Abbremsen der Ausbaudynamik bei Wind und Photovoltaik. Das alles mit der Begründung, die EEG-Umlage dürfe auf keinen Fall mehr weiter steigen, der nachhinkende Netzausbau erfordere ein langsames Ausbautempo und die fossilen Kraftwerke dürften nicht zu stark unter Druck geraten, da man sie noch brauche. Diese Linie wird offensichtlich nun unverändert übernommen.

ne: Auch die CSU stellt sich bei den SPD-Eckpunkten quer. In welchem Spannungsverhältnis sehen Sie die Ideen von Ilse Aigner zu Gabriels Papier? Und warum wandelt sich Bayerns Regierung aus Ihrer Sicht in einen Energiewende-Bremser?

Leprich: Frau Aigner hat laut darüber nachgedacht, wie sich realistischerweise die bestehende EEG-Umlage absenken ließe, wenn man denn politisch meint, den Wähler nicht von ihrer Notwendigkeit und ihrer vergleichsweise geringen Budgetbelastung überzeugen zu können. Ihre Intervention ist durchaus in dem Sinne wohlthuend ehrlich, als dass sie dafür weder die Gebetsmühle einer dringenden Wiederbelebung des CO₂-Emissionshandels bemüht noch das Märchen verbreitet, durch ein Abbremsen des Ausbaus könne man eine Absen-

Wegbereiter: Ex-Bundesumweltminister Peter Altmaier hat mit drastischen Einschnitten bei der Erneuerbaren-Förderung begonnen.



Uwe Leprich

leitet seit 2008 das Institut für Zukunftssysteme in Saarbrücken und war bis Ende letzten Jahres Sprecher des Forschungsbunds Erneuerbare Energien (FVEE) (siehe S. 85).

kung bewirken. Ob ihr Vorschlag der Weisheit letzter Schluss ist, kann zu Recht bezweifelt werden. Aber ihre Überlegung ist ja nicht völlig falsch, wie auch ähnliche Überlegungen vom DGB oder von Herrn Töpfer zeigen. Was Bayern als aktuellen Bremsen der Windenergie anbelangt, hat dieser einen Namen: Horst Seehofer. Der Grund dafür dürfte weniger in einer prinzipiellen Ablehnung liegen als vielmehr in der Einschätzung, der bayrische Wähler sei mehrheitlich gegen Windanlagen im eigenen Bundesland. Es liegt jetzt an den Bayern zu zeigen, dass dem nicht so ist, dann mache ich mir auch gar keine Sorgen, dass Herr Seehofer seine Meinung erneut ändert.

ne: Betrachten wir die Gabriel-Vorschläge im Detail. Ist mit den genannten Regelungen ein weiterer schneller Erneuerbaren-Ausbau noch möglich?

Leprich: Der Ausbau von Offshore-Wind als Betätigungsfeld der großen europäischen Energiekonzerne genießt bei der neuen Bundesregierung offensichtlich die höchste Priorität, er ist maximal abgesichert, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als ursprünglich einmal geplant. Merkwürdig ist, dass hier eine Belastung der politisch so stark im Feuer stehenden EEG-Umlage offensichtlich hingenommen wird. Bei der Photovoltaik soll nichts verändert werden, das heißt, hier ist man mit einer Zubaukapazität im Rahmen des EEG von unter drei Gigawatt offensichtlich zufrieden. Ob der ‚freie Markt‘ signifi-

kante Zusatzkapazitäten ermöglichen wird, bezweifle ich, lasse mich aber gerne überraschen. Biomasse wird maximal gebremst. Ohne deutliche Verbesserung der Finanzierung sehe ich hier weder einen Zubau von bis zu 100 Megawatt pro Jahr noch Anlagen-erweiterungen für eine Flexibilisierung des Bestands. Ich halte es durchaus nicht für ausgeschlossen, dass die Biomassennutzung zum Auslaufmodell erklärt wird mit dubiosen Argumenten wie ‚man brauche sie ausschließlich für den Verkehrssektor‘ oder ‚sie müsse in erster Linie zur Lösung des Welt-hungerproblems beitragen‘. Tatsächlich wird hier meines Erachtens eher die Kohlekarte gespielt, da Biomasse als einzige erneuerbare Energie in der Lage ist, den fossilen Must-run-Sockel zu reduzieren. Bleibt der Ausbau von Wind onshore, dem Arbeitspferd der Energiewende. Zwar wird in den Eckpunkten der Wille artikuliert, jedes Jahr maximal 2500 Megawatt Wind onshore zuzubauen zu wollen. Aber ich werde den Verdacht nicht los, dass vieles dafür getan wird, diesen Wert deutlich zu unterschreiten. Zusammen mit dem Einbremsen der Biomasse und den Restriktionen bei der Photovoltaik soll mit Wind onshore offensichtlich nun die bislang wichtigste Säule der Systemtransformation und der Dezentralisierung des Gesamtsystems in die Schranken gewiesen werden.

ne: Mit welchen Rahmenbedingungen wäre Investitionssicherheit und Vertrauensschutz gewährleistet?

Leprich: Deckelungen bei Wind onshore und Photovoltaik, ein drohendes Abschneiden der Wirtschaftlichkeit von Windanlagen unterhalb von 77,5-Prozent-Referenzstandorten, die obligatorische Direktvermarktung für alle Wind- und alle PV-Anlagen jenseits der eigenen Dachanlage, Ausschreibungen ab 2017 ohne ernsthafte Prüfung ihrer Sinnhaftigkeit für eine breite Akteurslandschaft, Ausweitung einer entschädigungslosen Abregelung von EEG-Anlagen, ehrgeizige Vergütungsdegressionen ohne Berücksichtigung von Kostenparametern und die Fixierung eines Genehmigungsdatums, das nahezu allen aktuellen Planungen den Vertrauensschutz entzieht – all dies ist sicherlich nicht geeignet, Investoren zu mindestens fünf Gigawatt EEG-Anlagenzubau pro Jahr zu ermutigen. Es ist daher von maximaler Wichtigkeit zu erreichen, dass sämtliche neuen Regelungen im novellierten EEG sehr zeitnah auf den Prüfstand gestellt werden können, falls die beschlossenen Ausbauziele absehbar verfehlt werden.

ne: Welche Zubauwerte müssten wir jährlich erreichen, damit die Energiewende gelingt?

Leprich: 6,5 Gigawatt für Wind offshore sind ein realistischer Zielwert, 100 Megawatt für Bioenergieanlagen ein Auslaufmodell. Bei Photovoltaik wird ein Zubau von 2,5 Gigawatt pro Jahr angestrebt, womit im Jahr 2025 rund 65 Gigawatt installiert wären. Damit wäre die unnötige Deckelung bei 52 Gigawatt ►

Was Sigmar Gabriel und Ilse Aigner wollen

Das vom Energieminister geplante „EEG 2.0“ soll schon ab 1. August 2014 für alle neuen Anlagen gelten, die nach dem 22. Januar 2014 genehmigt wurden. Ein Ausbaukorridor soll künftig den Erneuerbaren-Ausbau steuern: Bis 2025 sind zwischen 40 und 45 Prozent, bis 2035 zwischen 55 und 60 Prozent des Stromverbrauchs vorgesehen. Windenergie an Land und Solarenergie sollen dazu jährlich 2500 Megawatt (MW) beitragen. Ein „atmender Deckel“, der die Vergütung automatisch dem Zubaustand anpasst, soll dafür sorgen, dass der Wert eingehalten wird. Die Bioenergie trifft es härter: Hier sollen jährlich noch 100 MW gefördert werden. Für Offshore-Projekte sind 6,5 Gigawatt (GW) bis 2020 und 15 GW bis 2030 geplant. Das optionale Stauchungsmodell mit einer höheren Vergütung über weniger Jahre wird bis Ende 2019 verlängert.

Ab 2020 ist ein Ausschreibungsmodell angedacht, wie es für alle anderen bereits ab 2017 gelten soll. Zunächst wird das Modell an PV-Freiflächenanlagen erprobt. Zudem wird die Direktvermarktung über die gleitende Marktprämie schrittweise bis

2017 verpflichtend für alle Anlagen ab 100 Kilowatt (kW) Leistung. Für Anlagen ab 500 kW soll das bereits ab August diesen Jahres gelten. Das alternative Grünstromprivileg würde im Gegenzug gestrichen. Schließlich sollen Vergütungssätze sinken: Für Onshore-Wind stehen der Repowering- und der Systemdienstleistungsbonus auf der Streichliste, insgesamt soll die Vergütung 2015 im Vergleich zu 2013 um zehn bis 20 Prozent sinken. Zu den Umlagebefreiungen der Industrie verweist das Ministerium auf laufende Gespräche mit der EU-Kommission. Private Eigenverbraucher sollen in Zukunft eine Mindestumlage zahlen.

Auch die von Bayern geforderte Öffnung des Baugesetzbuchs für ländereigene Windkraft-Mindestabstände wird im Papier angekündigt. Dort hat Wirtschaftsministerin Ilse Aigner nach Kritik von CSU-Parteichef Horst Seehofer ihren Vorschlag wieder zurückgezogen, die EEG-Umlage bei 4,9 Cent je Kilowattstunde zu deckeln. Alle weiteren Kosten würden zunächst über einen Schuldenfonds finanziert und rückwirkend aus der Umlage beglichen, sobald die Förderkosten fallen.

Windkraft-Kompetenz hat einen Namen:

PNE WIND AG

Passion for Energy



Onshore und Offshore
Windkraft-Projektierung aus einer Hand:

- Standortentwicklung
- Finanzierung
- Bau und Inbetriebnahme
- Verkauf
- Technische und kaufmännische Betriebsführung

PNE WIND AG – Ihr Partner für nachhaltige Windenergie

durch die alte Regierung hinfällig. Für Wind onshore würde sich die gleiche Größenordnung wie bei der Photovoltaik errechnen – 60 bis 65 Gigawatt installierte Leistung in 2025. Mit den jährlichen Zubauwerten für Photovoltaik und Wind onshore lassen sich die Ausbauziele bis 2025 erreichen, vorausgesetzt sie verstehen sich als Nettozahlen und werden tatsächlich realisiert. Um aber den fossilen Must-run-Sockel zu reduzieren und damit die Abregelung der installierten Wind- und PV-Anlagen in signifikantem Umfang zu verhindern, bedarf es einer deutlich ehrgeizigeren Ausbau- und Flexibilisierungspolitik für Bioenergieanlagen.

ne: Welche Branche ist am härtesten betroffen?

Leprich: Wenn alles so bliebe wie in den Eckpunkten vorgeschlagen: ohne Frage die Bioenergie – und hier vor allem die Biogasbranche. Es stellt sich die Frage, wer unter diesen neuen Rahmenbedingungen dort überhaupt noch investieren soll – sei es in Neuanlagen oder in den Bestand. Es ist schon dramatisch zu beobachten, wie hier mit dem gleichen Eifer das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, mit dem es früher zum Alleskönner der Energiewende gekürt wurde.

ne: Sollten die Vorschläge in dieser Form realisiert werden – welche Konsequenzen hätte dies für Wind an Land?

Leprich: Die alles entscheidende Frage wird sein, wie ernst es der Bundesregierung mit dem jährlichen Ausbauziel von 2,4 bis 2,6 Gigawatt tatsächlich ist, und was passiert, wenn sich dafür nicht genügend Investoren finden. Sollte

es sich bei dem Zielwert um einen Nettowert, also abzüglich der stillgelegten Leistung beim Repowering, handeln, wären die angestrebten Anteilswerte der Erneuerbaren in Höhe von 40 bis 45 Prozent für 2025 von vorneherein illusorisch. Ist es der Bruttowert, bleibt abzuwarten, wie die Investoren auf die vielfältigen neuen Hürden und Verunsicherungen reagieren. Ob die Akteursstruktur so breit bleibt wie bisher und die Windenergie

„Ob die Windenergie als Bürgerenergie erhalten bleibt, ist mit einem dicken Fragezeichen zu versehen.“

IHR WINDPROJEKT - REALISIERT IN 2014



**wpd setzt mit Ihnen gemeinsam
Ihr baureifes Projekt um.**

Zuverlässige Finanzierungssicherung
durch sehr gute Bankkontakte

Konzeption
von A bis Z

Kapitalstärke

Ihr
baureifes Projekt
**In Betrieb
2014**

Hoher
Bau-
standard

Erfahrung aus
1.500 installierten
Windenergieanlagen

Sehr gute
Verbindungen
zu Anlagenherstellern



Ihr Ansprechpartner:
Hauke Heitmann
heitmann@wpd.de
► www.wpd.de



think energy

als Bürgerenergie erhalten bleibt, ist mit einem dicken Fragezeichen zu versehen.

ne: Die Direktvermarktung soll verpflichtend werden. Was halten Sie von diesem Steuerungsinstrument?

Leprich: Es gibt grundsätzlich nur zwei Möglichkeiten, die erneuerbaren Energien in das System zu bringen: durch eine physische Wälzung dieser Mengen in die Bilanzkreise der Vertriebe oder durch Vermarktung in den unterschiedlichen Teilmärkten des Systems. Während bis 2009 die erste Möglichkeit Praxis war, wurde mit der Ausgleichsmechanismusverordnung die zweite Möglichkeit festgeschrieben, zunächst als treuhänderische Vermarktung durch die Übertragungsnetzbetreiber, dann optional auch über Direktvermarkter, künftig wohl obligatorisch. Verbunden mit der Direktvermarktung ist die Hoffnung, dass sich die Erneuerbaren dadurch besser in das System integrieren würden. Während das beim regelbaren erneuerbaren Energieträger Biomasse durchaus sinnvoll und nachvollziehbar erscheint, fragt man sich natürlich, was die dargebotsabhängigen Erneuerbaren wie Wind und Photovoltaik mit Preissignalen aus einem grenzkostenorientierten Markt anfangen sollen. Die entscheidende Antwort darauf ist, dass Wind- und PV-Anlagen immer dann abschalten sollen, wenn inflexible fossile und nukleare Kraftwerke genug dafür bezahlen, am Netz bleiben zu dürfen. Diese unangenehme Wahrheit – dass nämlich beim Regime der Direktvermark-

tung Kohle- und Atomkraftwerke den Erneuerbaren ihren gesetzlich abgesicherten Vorrang abkaufen können – wird von ihren Befürwortern oft geradezu missionarisch damit kaschiert, dass man lautstark die Erwartung verkündet, reiche Früchte in Form von neuen Produkten auf den unterschiedlichen Märkten sowie deutlich verbesserte Prognosen ernten zu können. Innovative und phantasiereiche Direktvermarkter seien somit die Schlüsselakteure für die Systemintegration der Erneuerbaren. Ich bin aber dezidiert der Ansicht, dass die physische Wälzung für Wind- und Solarstrom als Echtzeitwälzung das deutlich bessere Modell einer tatsächlichen Systemintegration der erneuerbaren Energien ist.

ne: Gibt es in den Vorschlägen auch positive Ansätze, die man unterstützen sollte?

Leprich: Gabriel hält zunächst mal an der technologiespezifischen Finanzierung der erneuerbaren Energien fest und ignoriert die Vorschläge theoretisch argumentierender Ökonomen wie das Quotenmodell. Das ist natürlich positiv. Zudem will er privilegierte Unternehmen, den Schienenverkehr und die Eigenstromerzeugung „angemessen“ an den Kosten der EEG-Anlagen beteiligen, was immer das im Einzelnen auch heißen mag.

Äußerst kritisch ist in diesem Zusammenhang übrigens die vollständige Befreiung des Kraftwerkseigenverbrauchs zu sehen. Ausschreibungen für Offshore-Windparks ab 2020 machen aus heutiger Sicht deutlich mehr Sinn als solche für Wind onshore oder für PV-Dachanlagen, die bereits 2017 eingeführt werden sollen – trotz der negativen ausländischen Erfahrungen und der zahlreichen noch ungelösten Ausgestaltungsfragen.

ne: Gabriel hat sich jüngst

auch zu Kapazitätsmärkten geäußert. Bitte erläutern Sie kurz, welche Funktion das EEG im Rahmen der Systemtransformation hat.

Leprich: Das EEG – oder besser gesagt die Ausgestaltung des Finanzierungsmodells für den Ausbau der Erneuerbaren – ist das Herzstück des Stromsystems. Ohne eine Absicherung dieses Ausbaus gibt es keine Systemtransformation und damit auch keine Energiewende. Unabhängig davon ist im Zuge der Liberalisierung die Frage unbeantwortet geblieben, wie das öffentliche Gut Versorgungssicherheit bereitgestellt werden soll. Diese Frage hat sich durch den Ausbau der Erneuerbaren verschärft und muss nun grundsätzlich beantwortet werden. Ein Teil der Antwort sind Kapazitätsmechanismen, also Zahlungsströme für die Vorhaltung von Leistung. Dazu zählen aktuell das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, die Lastabschalt- und die Reservekraftwerksverordnung. Ob wir darüber hinaus rasch Zahlungen für den Neubau fossiler Kraftwerke brauchen, bezweifle ich. Und jeder, der meint, man könne die Einführung solcher Zahlungen auf neue flexible Gaskraftwerke beschränken, ist naiv. Jede kontinuierliche Zahlung aber, die bestehenden Kohlekraftwerken zugutekommt, stabilisiert die alte Energiewelt und verlangsamt die Systemtransformation.

ne: Zwei SPD-Ministerpräsidenten haben Gabriels Vorschläge stark kritisiert, man wirft ihm Kohle-Lobbyismus vor. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, lobt Gabriel hingegen. Für wen macht der Energieminister da Politik?

Leprich: Gabriel wird alles daran setzen, sich bei seiner Regierungsarbeit so zu positionieren, dass er bei den nächsten Wahlen eine echte Chance hat, Frau Merkel abzulösen. Diesem Ziel wird er alles unterordnen. Das bedeutet, dass er es sich nicht mit der Großindustrie und den Medien verderben wird. ◀

Eine Sammlung von Stellungnahmen zu Gabriels EEG-Eckpunkte-Papier – u.a. das gemeinsame Positionspapier von 15 Energie- und Umweltverbänden – finden Sie unter www.neueenergie.net



Sucht schnelle Erfolge: Gabriel, irgendwann Kanzler?